

Die „Vorwärts“ wird an allen Tagen...
Abonnement: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13 111.
Verlagspreis: 10 Pf. 12 Monate 120 Pf.

Die „Vorwärts“ wird an allen Tagen...
Abonnement: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13.
Verlagspreis: 10 Pf. 12 Monate 120 Pf.

STREIFIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Lichtenberger „Beamtenmord“.

Erdichtete Greuel.

Die Nachricht der Ermordung der Lichtenberger Polizeibeamten war durch gefangene Regierungssoldaten gemacht worden. Diese wollten dem Vorgang mit eigenen Augen zusehen haben und sie gaben ihre Aussagen unter Eid wieder. Inzwischen ist durch den Vollzugsrat die Lügenhaftigkeit dieser Berichte festgestellt worden. Sie tauchen trotzdem immer wieder von neuem auf. Auch die Garde-Kavallerie-Division hat gestern durch eidliche Aussagen von Augenzeugen den Schwindel erneut aufgefressen. Allen diesen Berichten bricht jetzt eine Erklärung des Oberbürgermeisters von Lichtenberg, Herrn Fießen, die Spitze ab. Er erklärt in der Presse:

Gegen die Behauptung, daß von den Spartakisten 60 oder 70 Lichtenberger Polizeibeamte erschossen worden seien, spricht die Tatsache, daß an dem fraglichen Tage im ganzen nur etwa 40 bis 50 Beamte im Präsidium gewesen sind. Im ganzen sind fünf Beamte getötet, und es steht nicht einmal fest, ob man diese behaupteten Männer an die Wand gestellt hat oder ob sie bei den vorhergehenden Kämpfen gefallen sind. Es sind zwar Beamte von den Spartakisten mitgeschleppt worden, doch hat man sie später wieder laufen lassen.

Durch diese Erklärung einer einwandfreien Persönlichkeit bricht die ganze Greuelgeschichte in nichts zusammen. Die Verbreiter der Schreckensnachricht sind gerichtet. In der gewissenhaftesten Weise haben sie die Nachricht in die Welt gesetzt und dadurch die Bogromstimmung unter den Regierungssoldaten schreckhaft gesteigert. Was man von den übrigen Erzeugnissen dieser verlogenen Berichterstattung zu halten hat, braucht nicht noch besonders festgenagelt zu werden. Es wird gelogen, um den Gewaltakten der standrechtlichen Erschießungen eine „rechtlche“ Unterlage zu geben. Letzten Endes richtet sich die ganze Sache gegen die um ihre Rechte kämpfende Arbeiterklasse.

Wieder eine Lüge.

Im Verlauf der letzten Berliner Kämpfe sind eine große Anzahl unbeteiligter Personen durch Fliegerbomben getötet oder verwundet worden. Die Garde-Kavallerie-Division ließ wiederholt erklären, diese Bomben seien von spartakistischen Fliegern abgeworfen worden. Zuerst sollen es Flieger aus Kottbus gewesen sein. Die Fliegerinspektion erklärte diese Meldung für unwahr und straffte die Garde-Kavallerie-Division Lügen. Hierauf hieß es, die Bomben seien von Fliegern des Flugplatzes Adlershof abgeworfen worden. Dazu erklärt jetzt der Arbeiterrat des dortigen Flugplatzes:

Eine militärische Stelle hatte mitgeteilt, daß die in voriger Woche den kämpfenden Spartakisten Hilfe leistenden Flugzeuge wahrscheinlich vom Flugplatz Adlershof ausgegangen seien. Demgegenüber heißt der Arbeiterrat des genannten Flugplatzes fest, daß in der vorigen Woche, in der Generalstreik herrschte, der Flugplatz vollständig geschlossen gewesen ist und daß in dieser Zeit keinerlei Flugzeuge den Platz verlassen haben.

Also eine neue Lüge! Und wer hat nun die Bomben geworfen und in der verbrecherischsten Weise das Leben unschuldiger Menschen vernichtet? Solange die Garde-Kavallerie-Division nicht klipp und klar nachgewiesen hat, wo die spartakistischen Flieger aufgestiegen sind, wird sie die Tatsache nicht aus der Welt schaffen können, daß ihre eigenen Flieger dieses Verbrechen begangen haben.

Standrechtliche Erschießungen.

Im Berliner Polizeipräsidium sind im Verlaufe der letzten Tage eine ganze Anzahl Personen standrechtlich erschossen worden. Das Polizeipräsidium meldet darüber: Im Laufe des gestrigen Tages wurden wiederum 68 Personen dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Standrechtlich erschossen worden sind aus dem Polizeipräsidium nur wenige Personen, die mit der Waffe in der Hand kämpfend von den Regierungstruppen gefangen genommen wurden. Ueber diese wurde durch einen eigens abkommandierten Gerichtsoffizier der Eisernen Brigade entschieden.

Es ist dringend erforderlich, daß die Zahl der Erschossenen genau angegeben wird. In die Ausbildung des Standrechtes an sich

schon eine Grausamkeit, so verschärft sich das Unrecht noch mehr, wenn diese Art von Justiz völlig im Dunkeln waltet.

Auch in Lichtenberg sind gestern beim Einmarsch der Regierungstruppen Erschießungen vorgenommen worden. Die „Volkszeitung“ meldet in der Abendausgabe vom Mittwoch fünf Fälle. Ein Spartakist wurde deshalb getötet, weil er Aufforderungen über die Bewegung der Regierungstruppen bei sich getragen haben soll. Diese Erschießung stellt einen Akt der allerkrassesten Willkür dar. Denn bekanntlich soll nur der erschossen werden, der mit der Waffe in der Hand gegen Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird.

Fort mit dem Standrecht!

Die „Vorwärts“-Schande.

Das Standrecht ist noch nicht aufgehoben! Obwohl die militärischen Operationen im wesentlichen beendet sind, läßt die Regierung noch immer das Standrecht bestehen. Dabei ist ihr genau bekannt, daß seine Verhängung völlig ungesetzlich und keine Anwendung einfach fürchterlich ist. Man kann es wirklich nicht fassen, daß eine Regierung, die sich sozialistisch nennt, noch immer zögert, dem grauenvollen Wüten des Standrechtes sofort ein Ende zu machen, obwohl sie weiß, daß bei der fürchterlichen Verletzung der Soldaten das Standrecht nur krankhafte Willkür bedeutet. Die einfachste Menschlichkeit erfordert es, daß keine Minute mehr mit der Aufhebung des Standrechtes gezögert wird.

Es ist übrigens sehr charakteristisch, daß die gesamte Presse kein Wort über die Ungesetzlichkeit der Verhängung des Standrechtes verliert und daß alle Blätter, mit Ausnahme der „Berliner Volkszeitung“ auch die Meldung der „Deutschen Zeitung“ verschweigen, daß diese Verhängung durch ein Ultimatum der Offiziere von der Regierung erzwungen worden ist. Der „Vorwärts“ vor allem schweigt in allen Tönen. Er hat nichts über die fürchterlichen Erschießungen, die in die Hunderte gehen, zu sagen. Dafür erklärt er selbst, daß er alle Beschränkungen über das Vorgehen der Truppen den Lesern unter-schlägt. Er weist sie dem Oberkommando zur Untersuchung zu. Um so sorgloser und ausführlicher gibt er alle Meldungen der Garde-Kavallerie-Schützen-Division über angebliche Greuelthaten wieder! Die Einfendungen der Arbeiter gegen das Vorgehen der Regierungstruppen zu veröffentlichen, wagt er nicht, dafür ist er um so dienstbesessener den Herren aus dem Eden-Hotel gegenüber.

Damit hat wohl der „Vorwärts“ den tiefsten Punkt offizieller Erniedrigung erreicht und wir können nur die rechtssozialistischen Arbeiter bedauern, die sich ein solches Organ gefallen lassen müssen.

Die Verhaftung der Mörder.

Das Gericht der Garde-Kavallerie-Schützen-Division beglückt uns mit folgender Berichtigung.

Gemäß § 11 des Preßgesetzes zum Artikel „Die Mörder endlich verhaftet“ in Nr. 116, vom 11. März 1919. Die Verhaftungen mehrerer Offiziere in der Angelegenheit Liebknecht-Luxemburg sind nicht durch den am 3. d. Mts. ausgebrochenen Generalstreik erfolgt, sondern Cblt. Vogel und eine andere beteiligte Person sind bereits am 20. Februar, die übrigen in Betracht kommenden Offiziere und Mannschaften am 28. Februar verhaftet worden.

Wir hatten bereits in unserer heutigen Morgenausgabe den Inhalt der Richtigstellung nach dem Bericht der bürgerlichen Presse mitgeteilt, drucken aber die vorstehende Berichtigung gerne ab. Auch sie enthält kein Wort über die Verhaftung des Soldaten Kunge. Er ist angeblich nicht aufzufinden. Aber trotzdem die „Rote Fahne“ bereits am 20. Februar seinen Aufenthaltsort mitgeteilt hat, ist seine Verhaftung bisher nicht erfolgt. Solange sie nicht vorgenommen worden ist, werden alle Angaben, daß man die Mörder mit Nachdruck verfolgen wolle, berechtigten Zweifel heroorrufen.

Kußerdem aber betonen wir auch heute wieder: Mit der Verhaftung der Mörder ist es nicht getan, wir warten auf die Verhandlung und die Verurteilung. Dürfen wir hoffen, daß sie so schnell herbeigeführt wird, wie die Prozesse gegen die Opfer der Militärberrschaft?

Ein vorbildlicher Massenstreik.

Aus Leipzig wird uns geschrieben:

Fast zwei Wochen lang haben die Arbeiter Leipzigs den Generalstreik durchgeführt. Die Gas- und Elektrizitätswerke lagen still, kein Bootschornstein rauchte, in den Depots standen die Straßenbahnwagen, aus der Riesenhalle des Hauptbahnhofes rollte kein Zug. Damit der Generalstreik noch besonders wirkungsvoll wurde, beantwortete ihn der Bürger-ausschuß mit der Proklamation des Bürgerstreiks. Zuerst war beabsichtigt, die Arbeiterschaft auszuhungern. Die Lebensmittelgeschäfte sollten geschlossen werden, die Bedienung hatte ihre Mitglieder noch besonders durch ein Rund-schreiben aufgefordert, die Herstellung von Backwaren einzustellen. Als die Arbeiterschaft sich dadurch nicht einschüchtern ließ und die Streikleitung damit drohte, die Lebensmittel in anderer Weise, besonders durch den Konsumverein und nur an die Arbeiter verteilen zu lassen, als angekündigt wurde, daß mit der Kommunalisierung der Brotbäckerei baldigst begonnen werden solle, da erklärten die Herren Bürger vor ihrer eigenen Conscience und sie sorgten sofort für die Offenhaltung der Lebensmittelgeschäfte.

Eine dauernde Schande wird es für die Leipziger Arbeiterschaft bleiben, daß sie der bürgerlichen Streikpartei mit Begeisterung gefolgt ist. Während die Arbeiter in den Lebensmittelbetrieben und in den Krankenhäusern ihre Tätigkeit fortsetzten, stellten die Ärzte die Behandlung der Kranken sofort ein. Die Krankenhäuser wurden am ersten Streiktag von allen Patienten geleert, sofern sie sich nur notwendig auf den Beinen halten konnten. Fieberkranken Patienten wurden auf die Straße gesetzt und von Vorübergehenden aufgehoben. Auch die Privatärzte schlossen ihre Praxis, die Apotheker machten ihre Kassen zu. Die Ärzte haben sich später damit herausreden versucht, daß es ihnen durch den Mangel an Licht und Heizung unmöglich gemacht worden sei, ihre Tätigkeit auszuüben; in Wirklichkeit hätte der Arbeiter- und Soldatenrat sofort dafür gesorgt, daß Ärzte und Krankenhäuser mit Kohlen und Lebensmitteln dauernd versorgt wurden. Die Leipziger Ärzte werden sich von dem Makel nicht reinigen können, daß sie zwar im Volkermorden keinen Unterschied zwischen den Angehörigen des eigenen oder eines feindlichen Staates gemacht haben, daß sie aber aus politischen Gründen hilfsbedürftige deutsche Arbeiter und deren Familien verkommen lassen wollten. Das Proletariat reagiert sich freilich nicht über solche Handlungsmasse auf, denn es weiß schon aus dem kommunistischen Manifest, daß, wie die gesamte Wissenschaft, so auch die Heilkunde im Dienste des Kapitals zu arbeiten beflissen ist.

Fast ohne organisatorische Vorbereitung war der Generalstreik am 26. Februar ausgebrochen. Wenn die Regierung und ihre Organe behaupteten, daß dieser Generalstreik künstlich und von auswärtigen Herrern hervorgerufen worden sei, so ist das blanke Schwindel. Schon seit Wochen gährte es wie in ganz Mitteldeutschland so auch in Leipzig. Die konterrevolutionäre Tätigkeit der Nationalversammlung, die Verhinderung der Sozialisierung, die Ausschaltung der Arbeiter- und Soldatenräte, das Wüten der Soldateska des Kollie in Berlin, in Bremen, im Ruhrrevier, in Thüringen, die Sinnordnung der Genossen Luxemburg, Liebknecht und Eisner hatten eine gewaltige Erbitterung in der Leipziger Arbeiterschaft hervorgerufen. Als daher im mitteldeutschen Bergwerksgebiet und besonders im benachbarten Halle der Massenstreik mit elementarer Wucht losbrach, so konnte es sich nur um Tage handeln, daß sich ihm die Leipziger Arbeiterschaft anschloß.

Vom Beginn bis zum Ende des Generalstreiks stand die Leipziger Arbeiterschaft geschlossen da. Abspaltungen waren so gut wie gar nicht zu bemerken, trotzdem die Bourgeoisie durch verlogene Flugblätter das ihre tat, um die Stimmung abflauen zu lassen. Bei dieser Gelegenheit hat sich die in der Leipziger Parteibewegung seit Jahrzehnten betriebene grundsätzliche Arbeit glänzend bewährt. Die Rechtssozialisten, die hier nur ein Häuflein von Gewerkschaftsangehörigen und Mittäufeln aus Kleinbürgerlichen Kreisen mustern, schlossen sich notgedrungen der Streikpartei an. Auch die Kommunisten, die in Leipzig nur geringen Einfluß ausübten, unterließen es, durch Seitenhänge die Aktion des Proletariats zu fälschen. In den Straßen der Stadt herrschte tagsüber ein sehr bewegtes Leben, aber selbst dem wütendsten Arbeiterfeind wurde keine

Gelegenheit geboten, nach der Hilfe der Kofke-Garden zu suchen. Die Sicherheitsmannschaften des Arbeiter- und Soldatenrats sorgten für die Aufrechterhaltung der Ordnung, sie wurden durch zuverlässige bewaffnete Arbeiter unterstützt. Sogar die Bourgeoisie sah sich veranlaßt, die Regierung zu ersuchen, keinerlei Gewaltmaßnahmen gegen Leipzig vorzunehmen. Vielleicht hat man in diesen Kreisen gehört, daß die Leipziger Arbeiterschaft den weißen Gardem einen besonders würdigen Empfang bereitet hätte, und daß der leidtragende Teil am Ende die Bourgeoisie selbst geworden wäre.

Die Forderungen der Leipziger Arbeiterschaft stimmten im allgemeinen mit denen überein, die in Mitteldeutschland und später auch in Berlin von den Streikenden erhoben worden sind. Sie verlangte die sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung, die Anerkennung der Arbeiterräte als politisch und wirtschaftlich bestimmende Faktoren, die Auflösung der weißen Gardem und die Bewaffnung der Arbeiterschaft. Von vornherein war man sich darüber im Klaren, daß eine einzelne Stadt und selbst ein ganzer Industriebezirk, wenn er vereinzelt bleibt, diese Forderungen für sich allein nicht durchsetzen konnte. Das Ziel der Bewegung wäre nur dann zu erreichen gewesen, wenn die Arbeiterschaft ganz Deutschlands aufgestanden wäre. Das ist nicht geschehen. Darum mußte der Streik nach fast zweiwöchiger Dauer abgebrochen werden. Aber er ist nicht erfolglos ausgegangen. Wenn in der Frage der Sozialisierung jetzt in Weimar ein schnelleres Tempo eingeschlagen wird, wenn man auch dem Räteinheim Zugeständnisse machen muß, so ist das nur als eine Folge der Streikbewegung zu bezeichnen.

Aber selbst wenn die Leipziger Arbeiterschaft ohne den geringsten materiellen Erfolg den Kampf abgebrochen hätte, so kann sie als Gewinn des Kampfes einen gewaltigen moralischen Erfolg feststellen. Zum ersten Male ist in einer Stadt von der Größe und der wirtschaftlichen Bedeutung Leipzigs das gesamte Proletariat einmütig in einen politischen Massenstreik eingetreten; die Arbeiterschaft hat die Bewegung zwei Wochen lang durchgeführt, ohne daß auch die geringste Abmilderung eingetreten wäre. Von vornherein waren sich die Leipziger Arbeiter dessen bewußt, daß der Kampf an ihre materielle und moralische Leistungsfähigkeit bedeutende Anforderungen stellen würde. Sie können mit Stolz von sich sagen, daß sie die Probe glänzend bestanden haben. Und das ist ein Erfolg des Massenstreiks, der für künftige Segenwartspolitik nicht sichtbar ist, der aber die Bürgschaft für den endlichen Sieg des Sozialismus über dem Kapitalismus in sich schließt.

Landsberg verurteilt.

In der Sitzung der Nationalversammlung vom 1. März hatte der Minister Landsberg die Sozialisierungs-Kommission angegriffen. Auf ihre Jurisdiktion des Angriffs, die sich auf den Bericht des „Vorwärts“ stützte, berichtigte jetzt Landsberg im „Vorwärts“, daß der Bericht irrig sei. Aber was er als wirklichen Inhalt seiner Rede angibt, ist auch nur eine Verdächtigung der Sozialisierungs-Kommission, und zwar wiederum eine grundlose. Landsberg erklärt:

„Meine Rede bezweckte, den Vorwurf des Abgeordneten Sturm abzuwehren, daß die Reichsregierung die allgemeine Sozialisierung verschleppt habe. Diesem Urteil gegenüber habe ich dem Sinne nach ausgeführt, daß die Reichsregierung Vorschläge der Sozialisierungs-Kommission abwarten mußte und abgewartet habe und daß die Kommission ihr lediglich den einen Vorschlag der Ueberführung der mineralischen Bodenschätze in das Eigentum der Nation gemacht habe, der aber nur eine Demonstration sein sollte. Das letztere hat nämlich der Vorsitzende der Kommission, Kaustky, in einer Sitzung der Reichsregierung, an der er teilnahm, selbst erklärt. Er führte bei dieser Gelegenheit aus, daß natürlich mit der Erklärung, die mineralischen Bodenschätze seien nationales Eigentum, nichts gewonnen sei, und daß der Antrag der Kommission eine Demonstration zu dem Zwecke sei, die Vergarbelter zu beruhigen.“

Dies beschuldigte Landsberg die Sozialisierungs-Kommission nicht bloß der Verschleppung, sondern sogar großer Demagogie, die leere Demonstrationen zu dem Zwecke empfiehlt, die Arbeiterschaft einzuschüchtern. Diese Darstellung ist völlig irreführend.

„Gebille“.

Profestbund gegen die Naturgewalten.

Die Erde ist — dem Himmel sei's gellagt — ein ewiger Kriegsschauplatz für die Naturgewalten. Sie steht unter dem alleinigen Zepher der vier Jahreszeiten, den unumschränkten Elementen einer höheren Welt. Diese selbstherrlichen Machtvollkommen sind zu ihrem mythischen Eigenschaft als beglaubigter Boten des Himmels nur auf Grund des alleinigen Willens eines allerhöchsten Rates gelangt.

Ihre Aufgabe ist es, der irdischen Welt ihre empfindenden Naturgesetze aufzuzwingen. Darin liegt eine schreiende Ungerechtigkeit. Persönliche Wünsche der Erdenbürger sind seit Menschengedenken nicht berücksichtigt worden. Unsere Stimme ist bei der Ausübung dieser himmlischen Exekutoren einfach nicht gehört worden. Wir wurden auch nicht gefragt, ob etwa eine andere Zeiteinteilung auf unserem Planeten oder dergleichen mehr eher die Sehnst unserers Dergens wäre.

Nichts von alledem geschah seit Anbeginn der Welt. Unser Daseinrecht wurde in unglücklicher Weise gestiftet und verlehnt. Man spricht im Rat des Himmels überhaupt nur von Pflichten unsererseits.

Wir protestieren anfänglich dieser unerhörten Mißachtung aller demokratischen Grundzüge aufs Schärfste gegen die bestehende Weltordnung und fordern nachträglich von dem hohen Rat des Himmels Genugtuung für die erduldeten Anrechtung unserers freien Willens.

Die Gemeinschaft der irdischen Lebewesen (Gebille) hat nunmehr einstimmig beschlossen, den Himmel um sofortige Befreiung der bisherigen absolutistischen Naturgewalten zu ersuchen. Sie verlangt ferner die Ausschreibung einer baldmöglichen Neuwahl auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts aller irdischen Lebewesen in die Wege zu leiten. Bis zur vollzogenen Neuwahl wird die Gemeinschaft der irdischen Lebewesen (Gebille) einen Neuanordnungs-Ausschuß ernennen, den sie, mit voller Machtbefugnis versehen, den schlagenden unerbittlichen Naturgewalten als Kontrollinstanz begibt.

Sollte indes der Wunsch und Wille der Gebille bei den gegenwärtigen Verhältnissen der Welt unvermutet auf Widerstand stoßen, so macht sie schon heute darauf aufmerksam, daß sie entschieden auf dem Wege der Gewalt versuchen wird, ihr schlagendes Naturrecht zu erlangen.

AB Landsberg am 1. März sprach, mußte er wissen, daß die Sozialisierungs-Kommission am 15. Februar ein ausführliches Gutachten über die Sozialisierung des Kohlenbergbaus fertiggestellt und der Regierung überreicht hatte.

Die Kommission hatte indes keineswegs so lange gewartet, um der Regierung den Weg zu weisen, den sie in der Frage des Bergbaus zu gehen hatte. Am 5. Dezember 1918 trat die Kommission zusammen und schon zu Beginn des Januar rief sie der Regierung folgende Erklärung abzugeben:

„Die mineralischen Bodenschätze des Deutschen Reiches sind Eigentum der Nation. Die Regierung ist gewillt, dieses Eigentumsrecht geltend zu machen, indem sie die an Private verlehnen Bergwerksgerechtigungen, soweit es sich um noch nicht in Abbau genommene Felder handelt, für das Reich zurücknimmt, und indem sie die Uebertragung des Eigentums an den in Betrieb befindlichen Betrieben auf das Reich grundsätzlich auspricht. Die Fragen der Betriebsorganisation und die Form der Entschädigung bleiben den näheren Ausführungsbestimmungen vorbehalten.“

Auf alle Fälle aber muß die gesamte Arbeitsorganisation, die Preisbildung und die Entscheidung über die Errichtung neuer Schächte und den Ausschluß neuer Bergwerke der staatlichen Regelung und Aufsicht unterliegen. Die Bergwerksgerechtigungen der Privaten werden unverzüglich aufgehoben werden. Die entsprechenden Gesetze werden mit größter Beschleunigung ausgearbeitet.“

In den Betrieben sollen die Grundzüge der sozialen Demokratie geschäftlich durchzuführen werden. Die gewählten Vertreter der Arbeiter und Angestellten werden insbesondere weitgehenden Einfluß auf die Bestimmung von Arbeitslöhnen, Arbeitszeit und Sicherheitsmaßnahmen erhalten. Zu diesem Zwecke wird ihnen vor allem der nötige Einblick in die Geschäftsführung gesichert werden müssen. Dadurch werden sie auch Gelegenheit haben, dafür zu sorgen, daß technische Änderungen der im Betriebe tätigen berufsständigt werden. Letzterer Gesichtspunkt für den gesamten Betrieb wird nicht mehr das kapitalistische Gewinninteresse sein, sondern Verbesserung der Lage der Arbeiter und Angestellten und des Gesamtinteresses der Gesellschaft.“

Man sieht, Landsberg spricht eine Unwahrheit aus, wenn er behauptet, die Kommission habe bisher der Regierung lediglich den einen Vorschlag der Ueberführung der mineralischen Bodenschätze in das Eigentum der Nation gemacht.

Nicht nur hat die Kommission am 15. Februar ein ausführliches Gutachten fertiggestellt, sie hat auch in ihrer Mitteilung an die Regierung vom Anfang Januar weit mehr vorgebracht, als lediglich die Ueberführung der mineralischen Bodenschätze in das Eigentum der Nation.“

Ich habe natürlich niemals erklärt, der Antrag der Kommission sei als eine bloße Demonstration gedacht. Wohl habe ich die Auffassung vertreten, daß mit der bloßen Annahme des ersten Satzes unferes Vorschlags, der die Bodenschätze als Eigentum der deutschen Nation bezeichnet, nichts gewonnen wäre und daß dies eine leere Demonstration bedeuten würde. Ich habe aber niemals den Gehalt des Kommissionsvorschlages als leere Demonstration bezeichnet. Die Kommission hat ihrem Vorschlag vielmehr eine sehr reale Bedeutung zugemessen, sie wollte mit ihm den Weg beschreiben, den die Regierung praktisch zu gehen hatte. Wäre diese damals schon dem Räte der Kommission gefolgt, sie hätte sicher dem deutschen Volke und sich selbst diese bittere Stunden erspart.

Statt dessen haben in jener Sitzung der Reichsregierung, auf die sich Landsberg bezieht, alle Redner von Regierungsseite, Landsberg inbegriffen, gegen den Vorschlag der Kommission gesprochen. Zu einem Beschlusse kam es damals nicht.

Es war also die Regierung und nicht die Kommission, die es nicht sehr eilig mit dem Beginn der Sozialisierung hatte.
12. März. A. KAUSTKY.

Eine Oberpräsidentenrede.

Gestern versammelte sich der brandenburgische Provinziallandtag zu seiner 47. Tagung. Herr Oberpräsident von Voebell eröffnete die Sitzung mit einer rührenden Ansprache. Er warf zunächst einen Blick auf schmerzlicher Sehnst zurück auf jene Tage, in denen er „mit Stolz und Freude“ der Taten des „unvergleichlichen Heeres“ gedenken konnte. „Jetzt stehen wir vor den Trümmern unseres Vaterlandes“, fuhr er fort. „Wir haben unser höchstes Gut: die Ehre, verloren! ... Wir haben den deutschen Kaiser, den König von Preußen, und

Brandenburg hat seinen Markgrafen verloren! Nie aber erschöpfen wird in unseren Herzen die tiefe Dankbarkeit für alles, was die Hohenzollern für die Mark Brandenburg getan. Bis zum letzten Atemzuge wird jeder Brandenburgische in Liebe seines Markgrafen gedenken. In tiefer Trauer weisen heute unsere Gedanken bei dem schwergeprüften Kaiserpaar. Gott sei mit Ihnen!“

Amen. So geschahen vier Monate nach der Revolution! Herr von Voebell ist aber keineswegs ein Gegenrevolutionär, denn er schließt zugleich seine Rede zu der neuen Regierung, die „Ordnung, Ruhe und Frieden in unserem Vaterlande schaffen will“.

Es ist unglücklich, daß Herr von Voebell überhaupt noch Gelegenheit finden konnte, diese Rede zu halten. Vier Monate nach der Revolution sollte ein solcher Provinziallandtag einfach unmöglich sein. Die Rede des Mannes zeigt zweierlei. Erstens charakterisiert sie die Elemente, die ihm in ihm mit Ebert und Scheidemann gegen das Proletariat „Ordnung und Ruhe“ schafften. Und zweitens zeigt sie, wie dringend notwendig eine grundsätzliche Veränderung in der Verwaltung und eine eilige Neuwahl der Provinzial- und Kreislandtage auf Grund eines demokratischen Wahlrechts ist.

Ein internationaler Kommunistentongress.

Stettin, 10. März. Wolffs Bureau meldet: Nach einem Zuspruch aus Moskau ist dort am 4. März der erste Kommunistentongress der dritten Internationalen eröffnet worden. An dem Kongress nehmen Vertreter der russischen, deutschen, österreichischen, ungarischen, rumänischen, polnischen, finnischen, ukrainischen, armenischen Partei, der tschechischen linken sozialdemokratischen, der norwegischen und schweizerischen sozialistischen Partei, der amerikanischen sozialistischen Arbeiterpartei und des Völkerbundes der revolutionären Sozialdemokraten teil. Die russische Kommunistenpartei ist durch Lenin, Trotski, Sinowjew, Stalin, Chabarin, Tschitserin, Cholenski und Worschilow vertreten. Die Tagesordnung ist: 1. Programm der kommunistischen Internationalen, 2. Bürgerliche Demokratie und Diktatur des Proletariats, 3. Stellung zur sozialistischen Strömungen und zur Berner Konferenz, 4. die internationale Lage und die Politik der Parteien, 5. Wahl des Vorstandes usw. Aus den Erklärungen Kamenevs im Moskauer Soviet geht hervor, daß der Kongress von den Bolschewiki als historisches Ereignis ersten Ranges betrachtet wird und dazu bestimmt ist, an Stelle der Völkervereinigungen Wilsons und der Berner Sozialistenkonferenz den kommunistischen Völkerverbund zu begründen. Von der Berner Zusammenkunft sprach Kamenevs als von einem „erbärmlichen Schauspiel der Berner Opportunistenkonferenz“.

Die Sozialisierung in Oesterreich.

Wien, 12. März. Der Vorstand des sozialdemokratischen Verbandes hat heute einen Gesetzentwurf über die Vorbereitung der Sozialisierung eingebracht, wonach aus Gründen des öffentlichen Wohles Wirtschaftsbetriebe zugunsten des Staates, der Länder oder der Gemeinden entweder in eigene Verwaltung übernommen oder unter die Verwaltung öffentlich-rechtlicher Körperschaften gestellt werden können. Durch Gesetz können Wirtschaftsbetriebe zu Zwangsorganisationen vereinigt, unter Staatsaufsicht oder unter die Aufsicht besonders öffentlich-rechtlicher Körperschaften gestellt werden. Die Mitwirkung der Angeestellten und Arbeiter an der Verwaltung der Wirtschaftsbetriebe, in denen sie beschäftigt sind, wird durch Gesetz gewährleistet.

Aus Bayern.

München, 12. März. (Z. N.) Die Aufhebung der über die bayerische Presse verhängten Beschränkungen ist unmittelbar bevor. Man geht mit der Absicht um, in der Presse und Propagandaabteilung solchen Mätern die den politischen Kampf mit dem Mittel der Verbeugung führen, mit dem Mittel angemessener Aufführung entgegenzusetzen.

München, 13. März. In einer gestern von Erwerbslosen abgehaltenen Versammlung wurde verlangt, daß die Erwerbslosen in den öffentlichen Körperlichkeiten des Landes Sitz und Stimme erhalten. Im Münchener Arbeiterrat fordern die Erwerbslosen 13 Sitze.

München, 13. März. Die die „Münchener Neuesten Nachrichten“ meldet, ist der Zusammentritt des bayerischen Landtages nunmehr endgültig auf nächsten Montag, den 17. März, anberaumt worden.

Selbsthilfe!

Eine sozialistische Künstlergenossenschaft.

Rein Vera! Ich bin mehr unter wirtschaftlicher Abhängigkeit als der der schaffenden Künstler und der um Lohn und Brot schreibenden freien Schriftsteller. Mangelhaftig sind die Versuche, die Arbeitsleistungen der Schriftsteller und Künstler besser zu entschädigen. Aber alle Mittel scheiterten, die „Gewerkschaft der Weißtügen“ kommt nicht zustande. Der Krieg und seine Folgen hat unermeßliche Not in diesen Ständen heraufbeschworen. Da geistige Produktion von jeder eine Angelegenheit für die Allgemeinheit war, also einen kommunistischen Gedanken ausdrückt, so kommt alle und jeder! Wir haben eine Produzentengenossenschaft sozialistischer Schriftsteller und Künstler gegründet.

Der Genossenschaft fällt die Aufgabe zu, durch einen technisch und kaufmännisch rationell arbeitenden Betrieb die künstlerischen Arbeiten der angeschlossenen Genossen zu verwerten. Auch die Teilnehmer sollen Genossen sein und der Genossenschaft mit angehören. Der Vorteil besteht darin, daß sie durch die Genossenschaft gute und billige Kunststoffe und sonstige Gegenstände beziehen können. Im Betrieb der Genossenschaft fällt der Verlegererfolg weg. Der Gewinn bleibt dem einzelnen bei dem Vertrieb angeschlossen. Die arbeitenden Genossen gelangen in den Vollbesitz ihres Anteils, der Wertverteilung kommt ihnen zustatten. Junge ringende Künstler und Literaten werden gefördert und zur Anerkennung gebracht. Der Nutzen der Verwertung soll sich im allmählichen Ausbau auf folgende Gebiete erstrecken:

Verlag und Vertrieb schriftlicher, bildnerischer und musikalischer Erzeugnisse. Herausgabe von sozialistischen Zeitschriften, Korrespondenzen, Flugschriften usw. Buchhandel. Vertrieb von Parteiliteratur. Herausgabe von graphischen Kunstbüchern. Restauration und Restaurierung. Herstellung von Geschäftsbuchdrucken. Handel und Verfertigung der Behörden und Parteiorganisationen mit Artikeln, die im Parteibetrieb notwendig sind. Angliederung und Verknüpfung mit Verbänden, die sozialistische Reformen anstreben. Beteiligung an öffentlichen Wettbewerben und Übernahme der Ausführungen von Kunstaustragen an staatlichen und sonstigen Aufträgen.

Unsere Genossenschaft dient dem Aufbau und der Förderung sozialistischer Ideen und ruft die Künstler und Schriftsteller zur Arbeit auf. Sie wendet sich auch an die breiten

Die vier Jahreszeiten sind ganz unerschöpfte Wunderwerke der Natur. Noch dazu sind sie untereinander unendlich und versuchen unablässig, einander die Macht zu entziehen.

Frühling und Sommer sind die beiden evolutionären Machtvollkommen auf Erden. In Erfüllung ihrer idealistischen Ziele bringen sie die Welt auf dem fernen Wege der Entwicklung, des Aufsteigens und Fortschrittes weiter. Sie haben als Komplizen für die unbedingte Durchführung ihres vorbildlichen Kulturprogramms die Sonne erfunden, die mit ihrer unerschöpflichen Lichtstrahlung die Erde durchdringt und mit dem Feuer der ihrer selbstherrlichen Ausdauer dem Siege entgegensteht.

Doch dann kommen Herbst und Winter, die revolutionären Beherrscher des Erdkreises. Dies sind die archaischen Feinde der ersteren. Sie haben Sturm und Mitleid im Geleite, ihren Umsturz und ersten Tod und Vernichtung. Die Herrschaft dieser ersten Despoten führt die ganze Erde schließlich in verheerliche Hungersnot. Auch sie nennen einen schneeligen Führer ihr eigen, dessen brutale Kriegspolitik die ganze Welt in Staunen setzt. Dies ist der Sommer. Er kommt mit dem flimmernden Fliegenschwarm der Unkultur und versucht es, mit Droschken und schimmiger Art die Erde zu beidern. Aber, o Weh! In Wirklichkeit gleichen seine Schneeflecken auf Haar dem gefährlichsten Totentanz des leidenschaftlichen Teufels. Seine weiße Decke ist nicht als das blaue Bahrtuch, damit die tote Erde eingedeckt wird.

Wir verlangen also auch ganz besonders sofortige Abweisung dieses revolutionären Gewalttäters, dessen kalbfühiges Regiment wir während der letzten Zeit gerade zu Späts kommen belassen haben. Seine treibenden Kräfte sollen nicht zuletzt unserer gesamten Volkswirtschaft in den Rücken. Wir haben jetzt nicht die Mittel, sein launenhaftes Schalten und Walten mit dem nötigen Nachdruck zu bekämpfen. Wir sind gezwungen von dem gewaltigen Erleben eines vierjährigen Weltkrieges. Unsere Munitionswerkstätten (die Bergwerke), denen allein es vorbehalten ist, dem Frost und der Kälte energisch auf den Leib zu rücken, sind nicht annähernd imstande das zu leisten, was an Kohlen zur einigermaßen erträglichen Niederhaltung dieser beiden Zwänge werden nötig wäre.

Darum rufen wir jetzt die höher Welt um Hilfe an und bitten, hat der revolutionären lieber wieder die evolutionären Naturgewalten wölken zu lassen. Wieder mit dem Winter! Es lebe der Frühling!

Die Volksbeauftragten der Gebille (Gemeinschaft der irdischen Lebewesen). J. N. Bruno Manuel.

Die Befegung Lichtenbergs.

Lichtenberg ist nunmehr vollständig von Regierungstruppen besetzt. Die Befegung ist im Verlaufe des gestrigen Nachmittags durchgeführt worden. In größeren Kämpfen ist es dabei nicht gekommen. Nur an vereinzelten Stellen wurde noch geschossen. Die Regierungstruppen begaben sich sofort an die Durchsuchung der Häuser. Was im einzelnen in Lichtenberg vorgeht, können wir nicht feststellen. Es ist unmöglich, sich mit eigenen Augen von den Vorgängen zu überzeugen. Die Berichte, die in der bürgerlichen Presse veröffentlicht werden, gehen von militärischen Stellen aus und man kann sich vorstellen, daß sie absichtlich gefälscht sind. Die Zahl der Gefangenen soll sehr groß sein. Wie viele Beziehungen an Ort und Stelle vorgenommen worden sind, wird nicht bekanntgegeben. Aber es ist ohne Weiteres anzunehmen, daß bei der Stimmung, die unter den Regierungstruppen herrscht, und die durch die Tügendnachrichten der bürgerlichen Presse wiederholt festgestellt worden ist, eine ganze Anzahl Personen das Leben einbüßen mußten.

Von besonderer Bedeutung ist die Meldung über die Beute, die die Regierungstruppen bei ihrem Einzug gemacht haben. Nach den Berichten der letzten Tage sollten die Aufständischen über eine große Anzahl von Geschützen und Minenwerfern verfügen. Jedem Einflüchtigen war klar, daß diese Meldungen stark übertrieben waren. Alle Feststellungen, die durch Besichtigung an den Häusern angefertigt worden sind, wurden den Aufständischen in die Schuhe geschoben. Der amtliche Kampfbereitschaft kann bisher aber nur die Erbeutung von 15 schweren und 20 leichten Maschinengewehren melden. An Geschützen wurden bisher nur ein Minenwerfer erbeutet.

Wo sind die anderen Geschätze und die anderen Minenwerfer, mit denen die Aufständischen solch Schrecken angerichtet haben sollen, geblieben? Da Lichtenberg von allen Seiten umstellt war, ist es ausgeschlossen, daß diese Geschätze beiseite geschafft werden konnten. Was hat also auch in dieser Hinsicht geschehen. Die furchtbare Besetzung und die daraus hervorgehenden Feststellungen lassen sich nicht rechtfertigen. Man legt sie deshalb den Aufständischen zur Last. Wenn die Beute an Geschützen aber nicht größer wird, werden die Regierungstruppen die angezeichneten Verwüstungen schon allein auf ihr Konto nehmen müssen.

Das tapfere Eden-Hotel.

Im Eden-Hotel residiert bekanntlich der Stab der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, unter deren Schutz Liebnecht und Rosa Luxemburg ermordet wurden. Etwa haben sich schon im Laufe der letzten Tage besonderen Mut ausgezeichnet. Was aber dieser Stab hier mitten in Berlin an Angst leistet, das ist schon wert, auch denen mitgeteilt zu werden, die es noch nicht wissen. Seit dem Beginn des Generalstreiks ist der ganze Häuserblock, sämtliche Nachbarschaften mit schweren Stacheldraht überzogen abgesperrt. Doppelt und dreifache Postenketten durchsuchen jeden einzelnen Balken nach Waffen und Spionagegeräten. Und keine elektrische Dampf auf dem Hause vorbeifahren.

Das war nicht etwa nur an den Tagen so, als noch im Zentrum der Stadt mehr oder weniger heftig gekämpft wurde, das ist noch heute so, während im fernem Lichtenberg die letzten Gefangenen Sparatisten zumangeworfen und erschossen werden. Diese gefährlichen Stacheldrähte nehmen sich gerade im „Leinen“ Westen, wo niemals die geringsten Kämpfe stattgefunden haben, besonders lächerlich aus. Und sie wären als Zeichen einer kindlichen Angst gar nichts als lächerlich, wenn sie nicht vielmehr auch Zeichen eines schlechten Gewissens wären.

Jedenfalls wird man den Gedanken nicht los, daß es recht gut gewesen wäre, wenn der Stab der Garde-Kavallerie-Schützen-Division nur den hundertsten Teil der Sorgfalt angewendet hätte, um Liebnecht und Rosa Luxemburg zu schützen, den er heute aufwendet, um sein eigenes wertvolles Leben zu sichern.

Die Berichterstattung der Presse.

In der gestrigen Ausgabe der A. und S.-Zeitung ist die unwahre Berichterstattung der bürgerlichen Presse und des „Vorwärts“ heftig angegriffen worden. Daß die bürgerliche Presse oder der „Vorwärts“ nur absichtlich lügenhaft werden, ist kaum anzunehmen. Aber die Lüge hat doch etwas genutzt. So schreibt heute der „Volk-Anzeiger“:

Die Berichterstattung über die Kämpfe mit den Spartakisten, die in den letzten Wochen zu unseren leidigen Pflichten gehört hat, ist mit den denkbar größten Schwierigkeiten verbunden, und so war es und ist es unaussprechlich, daß sich in die Berichte diese oder jene Ungenauigkeit ein-

fließen konnte. In der gestrigen Ausgabe der A. und S.-Zeitung ist die unwahre Berichterstattung der bürgerlichen Presse und des „Vorwärts“ heftig angegriffen worden. Daß die bürgerliche Presse oder der „Vorwärts“ nur absichtlich lügenhaft werden, ist kaum anzunehmen. Aber die Lüge hat doch etwas genutzt. So schreibt heute der „Volk-Anzeiger“:

Die Berichterstattung über die Kämpfe mit den Spartakisten, die in den letzten Wochen zu unseren leidigen Pflichten gehört hat, ist mit den denkbar größten Schwierigkeiten verbunden, und so war es und ist es unaussprechlich, daß sich in die Berichte diese oder jene Ungenauigkeit ein-

fließen konnte. In der gestrigen Ausgabe der A. und S.-Zeitung ist die unwahre Berichterstattung der bürgerlichen Presse und des „Vorwärts“ heftig angegriffen worden. Daß die bürgerliche Presse oder der „Vorwärts“ nur absichtlich lügenhaft werden, ist kaum anzunehmen. Aber die Lüge hat doch etwas genutzt. So schreibt heute der „Volk-Anzeiger“:

Die Berichterstattung über die Kämpfe mit den Spartakisten, die in den letzten Wochen zu unseren leidigen Pflichten gehört hat, ist mit den denkbar größten Schwierigkeiten verbunden, und so war es und ist es unaussprechlich, daß sich in die Berichte diese oder jene Ungenauigkeit ein-

fließen konnte. In der gestrigen Ausgabe der A. und S.-Zeitung ist die unwahre Berichterstattung der bürgerlichen Presse und des „Vorwärts“ heftig angegriffen worden. Daß die bürgerliche Presse oder der „Vorwärts“ nur absichtlich lügenhaft werden, ist kaum anzunehmen. Aber die Lüge hat doch etwas genutzt. So schreibt heute der „Volk-Anzeiger“:

Slawische Kunst.

Der zweite der unter Leitung von Kapellmeister Scherzgen veranstalteten Kunstabend der U. S. P. Tempelhof war der slawischen Kunst gewidmet. Dolzowitsch, der größte Russe der lehrreichereren Zeitperiode, war Beginn und Ausklang des Abends. Niemand hat die slawische Seele tiefer erkannt, niemand den russischen Menschen gläubiger geliebt, niemand um Rußland Schmerzlicher gelitten als dieser Dichter, der sein Volk einma. „Barbaren, die das Licht erwarten“, genannt hat. Und dieser Indische und slawische Glaube an das Licht, den der Glendie der Glenden mit gleicher Inbrunst wie der Heilige Geist, dieses ungerühmte Wissen um die „Weisheit“ der „zuflüchtigen“ Taten gegenüber dem kommenden Wunderbaren gibt auch der slawischen Kunst den unverkennbaren, demütigen, ewigen Schnittpunkt. James Simon ließ die Tafeln singen. Wie Landköpfe lieb russischen Liedern Seele und Stimme. Den tiefsten Eindruck empfanden wir aber aus Dolzowitschs

Schicht. In der gestrigen Sitzung der Arbeiter- und Soldatenräte beschäftigten sich einige Redner mit diesem Thema, wobei ihnen das kleine Malheur passierte. Ursache und Wirkung zu verwechseln. Man verurteilte ungenau die Verichterstattung über die Spartakuskämpfe, vernachlässigte aber darauf hinzuweisen, daß eben gerade der größte Aufbruch der Spartakisten und Kommunisten jeden geordneten Dienst in der Stadt, nicht nur den Zeitungsdienst, unmöglich zu machen bestrahlt ist. Es ist eben leider so, daß bei diesen sinnlosen Straßenkämpfen und Verlebenshindernissen die Zeitung nicht in jedem einzelnen Falle die ihr zukommenden Nachrichten so genau nachprüfen kann, wie das erwünscht ist und sonst auch erfolgt. Selbstverständlich geschieht auch jetzt auf diesem Gebiet das Mögliche.

Eine Hungerdemonstration.

Stettin, 12. März. Wolff meldet: Heute vormittag fand die angekündigte Hungerdemonstration der Stettiner Arbeiter statt. Eine zahlreiche Arbeitermenge erschien unter dem Gesang der Arbeitermarseillaise auf dem Schloßhof, wo verschiedene Ansprachen gehalten und selbst einige Redner in ziemlich scharfer Weise Forderungen aufgestellt wurden, um beim Oberpräsidium in Stettin eine bessere Bewirtschaftung in der Lebensmittelverteilung zu erzielen. Der Lauf der Demonstration bewegte sich jedoch nach dem Regierungsgedächtnis.

Was an dieser Meldung wahr ist, können wir im Augenblick nicht nachprüfen.

Neuordnung der Gemeindeverfassung.

Die Tatsache, daß in vielen Gemeinden sozialistische Mehrheiten zustande gekommen sind, wirkt die Frage nach ihrer zukünftigen Tätigkeit auf. Diese Frage kann im einzelnen nicht beantwortet werden, da das Gebiet des Gemeindelebens außerordentlich umfangreich ist. Auf einen Umstand soll heute zunächst hinweisen werden.

Die unerlöbliche Voraussetzung für eine erfrischende Kommunalpolitik ist das volle Selbstverwaltungsrecht. Ohne dieses können die Gemeinden keine wirkliche Tätigkeit, am allerwenigsten eine sozialistische Tätigkeit entfalten. Der dominierende Einfluss des Staat- und Grundbesitzes ist allerdings befehlend. Auch die reaktionären Wahlrechtsbeschränkungen bestehen nicht mehr. Aber das Rufeisamer-System ist beibehalten! Die Magistrare in den Städten, die Schöffen in den Landgemeinden sind von jeder auch nur demokratischen Neuordnung unberührt geblieben. Das bedeutet, daß überall da, wo wir in den Landgemeinden eine überwältigende Mehrheit erlangen, keine Beschlüsse in sozialistischem Sinne zustande kommen können, denn die Schöffen — meist die wohlhabenden Reaktionäre — stimmen ja mit. Und in den Städten kann die Stadtverordnetenversammlung ausschließlich aus Sozialdemokraten bestehen, solange die Magistrare in ihrer jetzigen Zusammenstellung bestehen bleiben, werden sie nun und nimmer irgendwelche sozialistische Maßnahmen gutheißen und so deren Durchführung verhindern. Daß die Mehrheitssozialisten in der preussischen Regierung in der Neuordnung der Gemeindeverfassungen so leicht noch dem ersten nachhaften Schritt wieder erstickten vor dem deutationalen Sturzpunkt innehielten, deutet nicht darauf hin, daß sie überhaupt eine konsequente sozialistische Politik in den Gemeinden wollen. Und je mehr man die „Schönheiten“ des bisherigen Zustandes überblickt, desto mehr wird dieser Zweifel bestärkt.

Die Landgemeindefassungen geben den Landräten für die Gemeindefassungen (Vorsteher, Bürgermeister usw.) und über die Schöffen das Bestätigungsrecht. Auch die Magistratsmitglieder der Städte bedürfen der Bestätigung. Diese hängt von dem Wohlwollen der Regierungspräsidenten ab. Wir sehen also, daß die Spitze der kommunalen Verwaltungen auf Landrats- bzw. Regierungspräsidenten beruht. Wie dieser vormärzliche Zustand jede freiheitliche Gestaltung der Gemeindepolitik unterbindet, weiß jeder, der sich um diese Dinge gekümmert hat. Daran ist aber bisher nichts geändert worden.

Nun soll uns ja nach den verbeikungsvollen Presse-

„Traum eines höheren Menschen“, den Alfred Feuerle zum Schluß erzählte. Da glänzten die geheimnisvollen Zusammenhänge aller Dinge und Erscheinungen an. Alles fließt zusammen in einen ungeheuren Chor der Freude, in die heilige Wahrheit, der Dostojewski, der große Gedankenrevolutionär, sein Riesenwerk geweiht hat: Erzählungen „dass wir alle gute Menschen sind“. Der Erzähler, der ganz von innen heraus, frei das große Erkenntnis gestaltet, erzieht die künftige Welt der Hörschule, die die Kunst des Realismus bis auf den letzten Fleck füllte. W. K.

Der schiefe Turm von Magdeburg.

Aus wenige Betrachter des Magdeburger Domes haben wohl bisher bemerkt, daß der Südturm der mächtigen Westfassade des Domes beträchtlich nach Süden überhängt, mehr als 3 Meter. Wann und wie dieses Unpass bei dem Bauwerk, einer der hervorragendsten Schöpfungen der deutschen Gotik, eingetreten ist, darüber sind irgendwelche Nachrichten nicht aufzufinden. Und doch dürfte der Baumeister wie die Bauherren und die Bürger nicht wenig in Sorge gewesen sein, als sich der Turm nach Süden zu neigen begann und das Mittelschiff über dem Haupteingang mitten hindurchfiel. Wählte man doch nicht, ob die Umkehrbewegung weiterhin anhalten würde und der Turm nicht etwa auf die Nachbarschaft fiele. Die eine Hälfte des Mittelschiffes blieb an dem Sockel haften, die andere am Nordturm. Bei der Regierung- und Bauart hat Untersuchungen über die angestellte und dabei ziemlich sicher bestimmt, wann sich der Turm nach Süden überneigte. Zwischen 1303 und 1310 war der Südturm nachgeholt worden. Der Baumeister hat wohl in der Besorgnis, daß ihm die nicht vor dem Turm stehende runde Kirche des heiligen Nikolai in die Grube des Turmes hineinsinken könnte, seine Grundmauern nicht tief genug eingelassen oder nicht breit genug hergestellt, und so hat sich dieser nachgeholt Turm, als er schon sein 3. Geschoss erhalten hatte, auf die Seite geneigt. Dies dürfte nicht allzu lange nach 1310 eingetreten sein.

Fliegerpläne.

Der New Yorker Herald meldet, daß im Juni durch Flugzeuge am Nordpol geographische, astronomische und photographische Aufnahmen vorgenommen werden sollen. — Zwischen London und Paris verkehren regelmäßig Passagierflugzeuge. — Versuchswelle ist ein Luftverkehr London-Indien eröffnet. — An der Londoner techni-

onkündigungen eine neue Kreisordnung befehrt und die Zulassung zu den Landratsposten erleichtert werden. Nebenannannter Umstand dürfte nur für das Bürokratismus praktische Bedeutung haben. Was sie so lange erträumt — aber nicht erkämpft — haben: in die bisher fast ausschließlich dem Landadel vorbehaltenen Reichspräsidenten einrücken zu können, wird jetzt zur holden Wirklichkeit. Aber was hat das Proletariat davon zu erhoffen? Eine Durchdringung des öffentlichen Lebens mit liberalem Geiste sicher nicht. Denn was der Kommunalreform am Dreiklassenwahlrecht frampfwort festgehalten hat im stärksten Geldinteresse, so sollte und wird ihm jetzt die neue Reichspräsidenten zu seinem edleren Zwecke dienen. Und die neue Kreisordnung wird sie mit dem Aufstande einhalten aufzukommen, daß der Landrat jede beliebige Gemeindeangelegenheit einfach auf einer Volksversammlung zu stemmen braucht, um überall seinen verhängnisvollen Einfluss geltend zu machen? Wir haben allen Grund, äußerst misstrauisch zu sein.

In den Städten ist es nicht viel anders als in den Landgemeinden. Der Magistrat ist eine Behörde für sich. Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung sind nur Rat, wenn sie die Zustimmung des Magistrats finden. Aber der Magistrat ist das ausführende Organ, hat also weit größere Rechte. Und diese Exekutive ist das Wesentliche. Heute können die Stadtverordneten die besten Beschlüsse fassen, wenn der Magistrat ihnen die Zustimmung verweigert, können sie nicht ausgeführt werden. Wenn der schlechte Zustand lange andauert, dürfte es zu ständigen Konflikten kommen zwischen einer Stadtverordnetenversammlung, die in ihrer Mehrheit aus Sozialisten besteht, und einem Magistrat, der durchgängig aus Bürgern besteht. Nun hat die Stadtverordnetenversammlung das Recht, den Magistrat durch Wahl zu entlassen, wie sie will. Sie wählt die Magistratsmitglieder und ist in ihrer Wahl frei. Daneben besteht noch heute das Bestätigungsrecht der gewählten Magistratsmitglieder durch die Staatsbehörde, hier des Oberpräsidenten. Die Amtsdauer der Magistratsmitglieder läuft sechs Jahre. Bis heute fehlt noch eine Verordnung, welche die Neuwahl der Magistratsmitglieder anordnet. Das Ministerium will auch vorläufig eine Neuwahl der Magistratsmitglieder nicht vorsehen.

Eine Neuordnung der Gemeinde- und Magistratsverfassung ist eine dringende Notwendigkeit, zumal wir in Preußen eine ganze Reihe Städteordnungen besitzen.

Gewerkschaftliches.

Arbeiterräte und Gewerkschaften.

Die feindselige Haltung, die allerhöchste Gewerkschaftsinstanzen den Arbeiterräten gegenüber einnehmen für gut befanden, hat in den gewerkschaftlich organisierten Klassen einen Sturm lebhafter Entrüstung hervorgerufen. In der Arbeiterklasse ist das richtige Gefühl lebendig, daß die Methoden der Generalkommission der Gewerkschaften weitläufig führen von den Wegen, die die Arbeiterklasse in dieser Zeit gehen muß, um ihren Willen durchzusetzen. Dieser Wille ist der Wille zum Sozialismus, der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Der Weg zum Sozialismus aber kreuzt den Weg der Kapitalistenklasse, während die Politik der Generalkommission und der Gewerkschaftsvorstände in der „Arbeitsgemeinschaft“ mit den Unternehmerverbänden Wege sucht, die parallel zu den Wegen der Kapitalistenklasse verlaufen. Die „Arbeitsgemeinschaft“ macht den kollektiven Arbeitsvertrag zum Zielobjekt der Revolution, sie ist es also, die die Revolution zu einer Lebensbewegung erniedrigt. Das Vertrauen der Arbeiterklasse gehört daher den Räten, in denen sie die Organe der revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse gegen das Kapital erblickt.

Das energische Eintreten der Arbeitermassen für die Arbeiterräte übt allmählich seine Wirkung auf die Gewerkschaftsbureaus und die Gewerkschaftspresse aus.

Die Gewerkschaft, das Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter beschäftigt sich in ihrer Nr. 10 mit der Frage „Gewerkschaft und Arbeiterrat“. Das Blatt konstatiert, daß der Gedanke, das Arbeiterräte-System auszu-

schließen Hochschule soll ein Lehrstuhl für Flugkunst errichtet werden. P.

Marokkanische Eisenbahnen.

Die „Weltwirtschaftlichen Nachrichten“ melden, daß in Marokko sechs vollspurige Eisenbahnlinien angelegt werden sollen, z. T. als Ersatz der jetzigen Schmalspurbahnen. Von Tanger nach Fez, von Mekka und Safablanca nach Meknes, Fez und Tanger, endlich von Fez zur algerischen Grenze, also eine Anschließlinie nach Tunis. P.

Ein neuer Mont-Genis-Tunnel. Die Kommission der Turiner Eisenbahn beschloß die Anlage eines neuen Tunnels durch den Mont-Genis, der die Verbindung zwischen Italien und Frankreich sowie England bedeutend verkürzen wird.

Lufium!

Lufium gewürzte Epelle
Taugt nicht sehr der Bürgerliegend,
Nicht dem Gaumen matter Greise,
Nicht der Reugier reifer Jugend.

Denn sein Auge ging durch Wände,
Blut durch Mauer, Blut durch Gitter.
Manche läppische Begrüße
Bege fort sein Ungewitter.

Wie die Menschen sind und waren,
Wägenmäßiges der Götter,
Daß sich Frau'n mit Eiern paaren,
Wahn und Wollust weiß der Später.

Wenn es mythisch um uns geistert,
Wigern seines Wises Woffen.
Der gleich ihm die Menschen meistert,
Trank den Restor aus Karaffen.

Diese Verse sind durch eine Lufium-Wahl angeregt worden, die Albert Ehrenfeld im Alpen- und Hochgebirgs-Verlag herausgegeben hat. Das funkelnde Hochwort Ehrenfelds gehört zum Besten deutschen Prosa. Paul Mayer.

Bauen, an Boden gewinnt, je mehr weite Schichten der Arbeiter des Vertrauens zum „neuen Reichstag in Weimar“ verlieren. Die „Gewerkschaft“ gibt zu, daß die jetzigen Maßnahmen der Regierung ungenügend sind, und schreibt weiter: „Nichtig ist ferner, daß das Kompromiß zwischen Sozialisten, Demokraten und Zentrumskreisen es bis jetzt nicht ermöglicht hat, durchgreifend zu sozialisieren und die Amstufen von all' den rückschläglichen Elementen einzugliedern, die dem veränderten Bürokratismus täglich weiter huldigen.“ Ferner weist das Blatt auf die schlimmsten Einzelheiten der gegenwärtigen schlimmen Zustände hin. Es nennt die Arbeitslosigkeit einen drückenden Alp, der nicht zu beseitigen sei durch die „Quasifabrik bürgerlicher Sozialpolitik“. Obwohl die Wohnungsnot zu entschlossenem Handeln dränge, sei in den letzten Wochen und Monaten bezüglich wenig geschehen.

Die „Gewerkschaft“ sieht dem kommenden Rätekongress mit Hoffnung entgegen und schreibt: „Die Gewerkschaften haben absolut keinen Anlaß, sich dagegen zu wenden. Im Gegenteil. Durch Hand-in-Gandarbeiten mit den Betriebsräten kann die gewerkschaftliche Arbeit erheblich erleichtert werden. . . . Genau wie früher die Arbeitskammern von den Gewerkschaften gefördert wurden, kann jetzt das System der Arbeiterräte von uns weiter ausgebaut und als Reichsinstitut eingegründet werden, um den Sozialisierungsprozeß zu beschleunigen sowie die Produktion wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen.“

Zum Schluß bedauert das Blatt die politische Zerrissenheit der Arbeiterbewegung und bekennt es freudig vermeiden zu haben, im engeren Sinne Parteipolitik zu treiben.

Uns will scheinen, daß die oberen Instanzen der Gewerkschaften an der Zerküftung der Arbeiterbewegung ein gerüttelt Maß von Schuld tragen. Wir glauben indes, daß gerade die Arbeiterräte die Kraft haben werden, die Arbeiterklasse über alle Parteidifferenzen hinweg zu einheitlichem Handeln zusammenzuführen. Die Gewerkschaftsinstanzen werden sich daher doppelt schuldig, indem sie in — trautem Verein mit Demokraten und Zentrumskreisen — dem Ausbau und der geschlichen Fundierung des Räteystems in den Weg treten. Sie geben damit selbst der Gewerkschaftsbewegung das Geot, denn ein solches Verhalten der Bürokratie muß die Arbeiterschaft mit der Zeit mit dem tiefsten Mißtrauen gegen die Gewerkschaften erfüllen. Eine kluge Arbeitsteilung zwischen Arbeiterräten und Gewerkschaften, eine gemeinsame Arbeit bei der Organisation auf Grund gegenseitiger Anerkennung kann dagegen reiche Früchte zum Segen der Arbeiterklasse tragen.

Groß-Berlin.

Fürsorge Charlottenburg für die Kleinkinder.

Reben der Säuglingsfürsorge hat die Stadt Charlottenburg seit dem 1. April 1911 die Fürsorge für die Kinder von 1 bis 6 Lebensjahre eingerichtet. In jeder der Charlottenburger Säuglingsfürsorgeeinheiten werden besondere Wochensprechstunden für solche Kinder abgehalten. In regelmäßigen Wochenräumen werden nämlich Kinder, die bis zum vollendeten ersten Lebensjahre bereits die Fürsorge besucht haben, weiter vorgestellt. Zugelassen werden jedoch alle Kinder im Alter von 1-6 Jahren, auch wenn sie die Säuglingsfürsorgestellen vorher nicht besucht haben. Mütter und Pflegemütter erhalten dabei unentgeltlich Spezialärztlichen Rat über die für das Gedeihen des Kindes gehaltenen Maßnahmen und die Vermeidung von Schwächen. Eine ärztliche Behandlung findet nicht statt. Diese Kleinkinderbesuchstunden werden an folgenden Tagen abgehalten: Säuglingsfürsorgestelle 1, Berliner Straße 187; Mittwoch 2-3 Uhr; 2, Schäferstr. 57/58, Dienstag 2-3 Uhr; 3, Kirchplatz 6a; Freitag 1-2 Uhr; 4, Rehringstr. 11; Dienstag 2 1/2-3 1/4 Uhr; 5, Kaiserin-Augusta-Allee 102; Dienstag 2-3 Uhr; 6, Kaiserin-Augusta-Biktoria-Gaus, Rothkühlfstraße; Mittwoch 2-3 Uhr; 7, Hornweg 28; Donnerstag 2-3 Uhr. Die Mütter und Pflegemütter, die zugleich einen Säugling und ein größeres Kind der Fürsorgestelle vorstellen wollen, können ausnahmsweise auch die größeren Kinder in der Säuglingsprechstunde mit vorstellen. Die Einrichtung der Fürsorge für die Kinder hat sich bisher gut bewährt und kann den Vätern und Pflegemüttern der Kinder zum eifrigen Besuch nicht dringend genug empfohlen werden.

Keine Verjüngerurteile für die Dauer der Unruhen.

Solange die Ruhe in Groß-Berlin noch nicht vollständig wiederhergestellt ist, und die Verkehrsbehinderungen andauern, sind viele Folgeproben, Jaugen und Sachverhalte, beim besten Willen nicht in der Lage, die Termine rechtzeitig wahrzunehmen. In Würdigung dieser Tatsache sieht das Berliner Kaufmannsgericht, sowie auch das Gewerbegericht grundsätzlich davon ab, Verjüngerurteile zu erlassen oder angeordnete Strafen für Nichterscheinen zum Termin gegenüber Parteien bzw. Jaugen zu erlassen, wenn die Wohnung weit von der Gerichtsstelle entfernt ist und im Gebiete von Unruhen liegt. Ein Handlungsgeld sollte gestrichen vor dem Berliner Kaufmannsgericht auf einem Verjüngerurteil gegen seinen in der Blumenstraße wohnenden Prinzipal bestehen, das Gericht lehnte aber den Antrag ab. Es sei leicht möglich, daß der Beklagte nicht ohne Lebensgefahr sein Haus verlassen könne; unter solchen Umständen wäre es unbillig, den Beklagten auf dem Verjüngerwege zu verurteilen. Die Verhandlung wurde auf zwei Wochen vertagt.

Was verbraucht man in Berlin, um anständig leben zu können?

Die Frage stand gestern vor der 4. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts zur Erörterung gelegentlich eines Prozesses, den ein Stadtbewohner gegen eine große Fabrikantenfirma angestrengt hatte. Von Seiten der Fabrikantenfirma wurde vor Eintritt in die materielle Verhandlung gleich Unzulänglichkeiten wegen der Höhe des Einkommens eingewandt, weil der Reisende die für die Zuständigkeit vorgeschriebene Höchstgrenze, nämlich 5000 M., bei weitem überschreite. Der Kläger habe ein Jahresverdienst von über 10 000 M. gehabt. Daß er eine derartige Einkommenshöhe erzielt habe, bestritt letzterer auch nicht, nur sei das nicht alles Verdienst gewesen. Daraus habe er seine Ausgaben decken müssen, und die hätten mindestens 10 000 M. betragen. Um

Bandesgemäß zu leben, habe er den Betrag in Berlin, das bekanntlich ein sehr teures Quartier sei, ausgeben müssen. Auf eine etwaige Veräußerung wolle sich aber der verklagte Fabrikant durchaus nicht einlassen. Gemäß, so meinte er, könne man die Summe, wenn man täglich seine Mahlzeiten bei Hülser oder Dreifelh einnehme, in Berlin loswerden. Schließlich habe aber ein Geschäftsvollender weiter dem Rate seines Standes nach dem seiner Firma, wenn er etwas weniger luxuriös lebe und „nur“ 5-6000 M. Spefen mache. Auch das Kaufmannsgericht hielt den Spefenjah für zu hoch gegriffen, selbst wenn man die gegenwärtigen anormalen Teuerungszuwächse in Betracht zieht, und erklärte sich für unzulässig. Der Reisende muß vor dem ordentlichen Gericht klagen erheben.

Die Reinigung des Lindenhanfes von unbequemen Angestellten geht planmäßig vor sich, auch Portiers und Reinigungsfräulein mußten dran glauben. Nach der Sparsparwoche wurde von dem Hausverwalter Ernst und seiner Frau strenges Gericht gehalten. Frau Ernst äußerte sich den Mietern des Hauses und dem Personal gegenüber, ihr Mann habe angeordnet, daß alle zur U. S. B. D. gehörigen Angestellten entlassen werden; genau so wurde im Karmarschbetrieb verfahren. Das Lindenhaus sei durch einen Teil der Angestellten verraten worden, die Hausverwaltung sei vor den eigenen Angestellten nicht sicher. Es wurden dann auch Angestellte entlassen, die 7-13 Jahre im Betriebe tätig waren. Der Portier wurde fälschlich beschuldigt, Munition herbeigeschafft zu haben, eine Reinmachefrau soll das furchbare Verbrechen begangen haben, Büroräume zu reinigen, die nicht von den „richtigen“ Personen besetzt waren. Die Angestellten riefen den Schuß ihrer Organisation an. Die Verhandlungen ergaben, daß man von den Angestellten erwartete, daß sie in der Sparsparwoche den Betrieb verlassen würden. Die Angestellten fühlten sich aber verpflichtet, das Haus im Interesse der privaten und sonstigen Mieter nicht zu verlassen; das um so weniger, als in die Hausverwaltung vollständig verlagte, nur an ihren persönlichen Schuß und an ihre privaten Verhältnisse dachte, und die übrigen Angestellten vollständig sich selbst überließ. Daß die Angestellten, soweit es in ihren Kräften stand, ihren Verpflichtungen nachgekommen sind, werden die Mieter gern bestätigen; trotz der Bemühungen der Verwalterfirma, die Angestellten in schlechtes Licht zu stellen. Man wollte eben die Leute los sein, und griff daher zu Scheingründen. Selbst der Verbandsleiter bezeichnete die Handlungsweise als Terror. Die Grundlosigkeit der Entlassung ergab sich nach dem, daß man dem Kollegen G. angeboten hat, weiter im Betriebe zu arbeiten. Er mußte dies jedoch ablehnen, da man ihm jedes Vertrauen entzogen und ihm seines Lohnes als Portier entzogen hatte. Auch der Frau G. mußte der Verwalter erklären, daß er falsch unterrichtet war. Aus diesem geht hervor, daß die Gewerkschaften, ohne sich beteiligen zu können, lediglich ihrer politischen Gesinnung wegen, in das Meer der Arbeitslosen verstoßen worden sind. Damit noch nicht genug. Die neuen Kräfte wurden nicht etwa dem Arbeitsnachweise entnommen, sondern man hatte schon seine Gümpelinge zur Hand. Es sind dies Leute, welche kein Befähigungsgewinn als Fabrikführer besitzen. Zwar ist dies polizeiwidrig, aber als Polizeipräsident kann man sich dies schon gefallen lassen. Außerdem sind den Knechtgelehrten die Verhältnisse im Lindenhanse bekannt. Von einem kollegialischen Empfinden kann aber hier nicht die Rede sein.

Die Pläne für die Verlängerung der Nord-Südbahn zwischen dem Bahnhof Gneisenaustraße und dem Bahnhof Hermannplatz sind nunmehr ebenfalls den Aufsichtsbehörden zur Genehmigung eingereicht worden. Bekanntlich soll sich die Untergrundbahn an der Gneisenaustraße in zwei Strecken teilen, von denen die eine nach Reußhän, die andere nach Tempelhofer weitergeführt werden soll. Während der letztere Anlauf aus verschiedenen Gründen, vor allem wegen der ablehnenden Haltung der Gemeinde Tempelhof, vorläufig noch nicht gebaut werden soll, ist die Strecke nach Reußhän als Notlandarbeiten geplant und soll sofort in Angriff genommen werden. Die Bauarbeiten für die Strecke Gneisenaustraße-Hermannplatz sind bereits in Angriff genommen worden. Auf dieser Strecke sind drei Bahnhöfe in Aussicht genommen. Der erste wird in der Gneisenaustraße an der Mühlwalder Straße geplant und erhält die Bezeichnung „Mühlwalder Straße“, der zweite Bahnhof liegt am Kaiser-Friedrich-Platz. Der dritte Bahnhof ist der vorläufige Endbahnhof der Nord-Südbahn und der U. S. S. Schnellbahn am Hermannplatz, der in der Hafenstraße zwischen der Jahnstraße und dem Hermannplatz geplant ist. Bahnhof „Hermannplatz“ wird vier Zugänge erhalten, von denen zwei an der Jahnstraße und die anderen beiden am Hermannplatz an der Seite der Bürgersteige angeordnet werden, die anderen beiden Bahnhöfe erhalten nur je zwei Zugänge, die bei dem Bahnhof „Kaiser-Friedrich-Platz“ in der Hafenstraße liegen, in den städtischen Anlagen des Platzes liegen, während sie bei dem Bahnhof „Mühlwalder Straße“ auf der Mühlpromenade angeschlossen sind. Der Bahnhof „Gneisenaustraße“, der in der Belle-Alliance-Straße zwischen Teufelberg und Barchter Straße liegen wird, erhält im Hinblick auf die hergesehene Verlängerung der Bahn nach Tempelhof vier Gleise mit zwei Bahnsteigen. Die Gleise werden so angeordnet, daß die beiden inneren Gleise für die Strecke nach Tempelhof vorbehalten bleiben, sie dienen zuerst dazu, um Einschübe nach und von dem Stadtkern abzufertigen, die beiden äußeren Gleise vermitteln den Verkehr nach und von Reußhän. Auch dieser Bahnhof wird vier Zugänge erhalten.

Ein neuer Volkspark in Reußhän. Die Stadt Reußhän war bereits vor dem Kriege dazu übergegangen, auf dem östlichen Teil des Tempelhofer Feldes längs der Reußhäner Reichsgränze einen 80 Hektar weiten Park- und Gehwegstreifen zu schaffen. Nachdem mit Rücksicht auf die allgemeinen Verhältnisse, daß das Tempelhofer Feld zum größten Teil seiner Bestimmung als Erziehungslager entzogen werden durfte, trägt sich Reußhän mit dem Plan, im Gärtenbereich mit dem Rest des östlichen Tempelhofer Feldes zu einem öffentlichen Volkspark auszugestalten. Die Sonderverwaltung hält nach wie vor daran fest, daß im Interesse der durch die lange Artelgebauer ohnehin schwer geschädigten Volksgesundheit das Tempelhofer Feld nicht bebaut werden darf, sondern in eine Grünfläche umgewandelt werden muß. Mit dem weiteren Ausbau des städtischen Parksens wird die Stadt Reußhän schon in den nächsten Wochen beginnen.

In der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung vom 10. März fanden eine Reihe von Resolutionen Genehmigung. Die Vorlage des Magistrats über die sozialistische Krankenversicherung der Erwerbslosen wurde angenommen. Als Gegenstück hierzu verlangte Städt. Ringe (Deutschland) den Arbeitsnachweis für die Bewerber von Arbeitslosenunterstützung auch auf Orte außerhalb Groß-Berlins ausdehnen und hat dabei besonders die Berücksichtigung der Arbeitslosen zur Landarbeit im Auge. Gen. Beir-

lon (U. S. B. D.) bekämpfte diesen Antrag energisch und ist durch seine Annahme die mühsam errungene Beschäftigung wieder verloren geblieben. Treffend beleuchtete auch Gen. Dörmann (U. S. B. D.) diesen echt reaktionären Antrag. Der gefährlichste Arbeiter müsse nicht in die ihm widerwärtigen ständlichen Verhältnisse mit ihrem kümmerlichen Lohnungen. Aber auch der Landbesitzer selbst sei wenig für die Arbeitskräfte aus den Großstädten eingekommen. Anschließend sei auch bei doppelter Hausführung die geringere Entlohnung der Landarbeit. In der weiteren lebhaften Debatte wurde dem Antragsteller der launige Rat gegeben, da er ja vom Lande sei, es doch zunächst nicht mit der Landarbeit zu versuchen. Der Antrag wurde dem Magistrat als Material zugewiesen. In Abänderung des Stadterwerbsbeschlusses vom 8. März wurde in der Beschäftigungskommision für die Beamten die bereits erhobene Forderung dieser nun doch in Abrechnung gebracht, trotzdem die sozialdemokratischen Fraktionen geschlossen dagegen stimmten, da sie den Beamten diese Forderung als außerordentliche Teuerungszulage zuwenden wollen. Die bürgerlichen Parteien stimmten bezeichnenderweise für die Kürzung der Beamtenbezüge.

Das ein einfacher Arbeiter nicht verstehen kann, erbittet aus einer Zufahrt, die wir hier vollständig wiedergeben möchten; er schreibt uns: „Durch die unlauteren Machenschaften des Kohlenhändlers, bei dem ich seit Einführung der Kohlenkarte eingetragenen bin, wurde ich wenig oder gar nicht beliefert. Auf meine Beschwerde wurde ich einem anderen Kohlenhändler überwiesen. Kohlen konnte ich leider nicht mehr bekommen, da ich, um das Essen für meine aus sieben Personen bestehende Familie zubereiten zu können, für die mir zustehenden Karten Kasse entnahm. Da meine Frau nun krank ist und ich ihr nicht zumuten konnte, in einer ungeheizten Wohnung zu schlafen, wandte ich meine Frau an die Kohlenvergabebehörde in der Straße mit der Bitte um Gewährung einer Kohlenzulassung. Nach tagelangem Warten ging ich der Bescheid zu, sich an die Zentralstelle für Krankenversorgung, Köpferstraße 20/30, zu wenden. Als sich meine Frau dorthin begab, wurde derselben eröffnet, daß sie ein ärztliches Attest beibringen müsse, worin auch wirklich ihre Krankheit bestätigt werde. Das tat meine Frau und begab sich dafür 8 Mark. Dann begab sie sich wieder nach der Kohlenkarte in der Hoffnung, nun eine Kohlenkarte zu bekommen. In ihrem Bestreben bekam sie den Bescheid, daß sie nachrichtig bestimme. Nach mehreren Tagen kam nun ein vorgebranntes Formular mit folgendem Wortlaut: Ihrem Gesuch um Zulassung einer Kohlenzulassung können wir nach den bestehenden Bestimmungen und dem Gutachten uneres Vertrauensorgans unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht entsprechen. Auf Anordnung: Sadler.“

Ich wandte mich nun selbst nochmals mit der Bitte um Gewährung einer Kohlenkarte nach Köpferstraße 20/30. Ich bat, nun doch endlich einmal von dem Schema „F“ abzugehen. Ich appellierte an das Menschlichkeitsgefühl der betreffenden Behörde, aber vergebens. Nach wieder tagelangem Warten lief wieder ein wie oben angegebener Bescheid ein mit der Adresse an meine Frau. Hier stehen nun zwei Ärzte gegenüber. Der eine, welcher meine Frau untersucht hat, erklärt die Bedürftigkeit der Kohlenkarte an; der andere, welcher meine Frau nicht untersucht hat, weiß das Gesuch ab. Wenn nun das Urteil des Vertrauensorgans nur maßgebend ist, weshalb fordert man erst das Attest eines anderen? Weshalb wird der Antragsteller nicht gleich an dem Vertrauensorgans gewiesen? Ich meine, daß man bei der heutigen schweren Zeit nicht so mit dem Gelde herumwerfen kann, um für solche Reppereien 8 Mark fortzuwerfen.“

„Vergleichen, genehmigt.“ Wie leichtfertig in der gegenwärtigen Zeit Versicherungen an Arbeitslose abzugeben werden, zeigte gestern eine Verhandlung vor dem Berliner Gewerbegericht. Der Buchhändler L., der in einer früheren Verhandlung das Passagier-Reiseverbot hatte mit dem Kläger einen Vergleich geschlossen, den er, nachdem er ihm vorgelesen war, unerschrocken durch ein Versehen des Protokollführers wurde verlesen. Die Formel „Vergleichen, genehmigt“ hinzuzufügen. Diesen Formfehler machte sich L. zu Nutze und gab die eidesstattliche Versicherung ab, daß ihm weder ein Vergleich vorgelesen worden sei, noch daß er ihn unterschrieben habe. Das ganze Richterkollegium vermaßte aber zu begreifen, daß die eidesstattliche Versicherung falsch sei. Nur auf Witten eines Anwalts nahm der Vorsitzende daran Anstand, gegen den leichtfertigen Aussteller der eidesstattlichen Versicherung die Strafklage wegen Falschens zu erheben.

Im Referendariat „Neue W.“ sollen nach einer an und gerichteten Zuschrift Mißstände herrschen, die man in einer für Verwandte und Kranke bezwecklichen Anstalt am wenigsten vorfinden sollte. Hauptlich wird darüber gesagt, daß die Leitenden zu selten gewechselt werden kann. Außerdem wird die Verpflegung bemängelt. Die Intendantur sollte sich einmal darum kümmern und, wenn nötig, für Abhilfe sorgen.

Charlottenburger Beratungsstelle für Schwangere. Seit dem zweiten Kriegsjahre ist in dem städtischen Krankenhaus für Geburtshilfe, Sophie-Charlotten-Straße 110, eine unentgeltliche Beratungsstelle für angehende Mütter eingerichtet. Sie hat den Zweck, in allen einschlägigen gesunden und sozialen Fragen Aufklärung zu geben, sowie die als krank erkannten Frauen zur Behandlung bei den zuständigen Städt., Rassen- und Privatärzten zu veranlassen. Die Beratungen finden statt Mittwoch und Sonnabends von 2 1/2-3 1/2 Uhr nachmittags.

Arbeiter-Singstube (Syst. Krenn), Gruppe Nord. Jeden Dienstag Abends für Mitglieder im Lokal von Barom, Schloßstraße 10. Dortselbst findet am 18. März, abends 7 Uhr, ein Kursus für Anfänger statt. Eröffnung 7 1/2 Uhr. Jugendliche 5 M., inkl. Lehrmittel.

Spensil, Sonntag, den 17. März, abends 7 Uhr, bei Seppel, Schönlinde Straße, Generalsversammlung des Vereins „Arbeiter-Jugendheim Spensil“. Eintritt nur gegen Mitgliedskarte. Wir ersuchen unsere Mitglieder, vollständig zu erscheinen.

N. H. S. Oberlehrerin. Die Arbeit wird Freitag, 14. März, in allen Betrieben von den gewohnten Zeiten wieder aufgenommen. Die Schmeide arbeiten erst am Sonntag, den 17. März. Der Arbeiterrat: Beschreit.

„Arbeiter-Samaritaner-Bund“. Den Mitgliedern und Freunden vor Kenntnis, daß das Stiftungsfest am Sonnabend, den 15. d. M. nicht stattfindet. Näheres wird noch bekanntgemacht. Gelobte Willens behalten für später ihre Willigkeit.

Arbeiter-Nachbar-Bund „Solidarität“ (Ortsgruppe Berlin). Die für Sonntag, den 16. März, angelegte Vereinsfeier fällt auf Grund des Belagerungszustandes aus. Der Bezirkswart.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wietzky, Reußhän. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindenbrotterei und Verlagsgenossenschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 10.

Kreis-Wahlverein Niederbarum U.S.P.D. Bezirk Reinickendorf-Ost.
Am 10. d. M. verstarb nach langen Krankenlager einer pflichterfüllten Mitglied, der Metallformer
Eugen Hennig
Alter von 99 Jahren.
Er war stets ein fleißiger Mitarbeiter unserer Organisation. Wir verlieren in ihm einen guten, unerschütterlichen Parteigenossen.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. d. M., vormittags um 11 Uhr am dem Garnisongebäude (Losenheide) statt.
Seine Andenken wird von uns in Ehren gehalten werden.
Die Bezirksleitung.

Verband der Gastwirtschilfen Verwaltungsbüro Groß-Berlin.
Außerordentl. Mitgliederversammlung
1. Sitzung I.: Hotel- und Wein-Restaurantbesitzer, 2. Sitzung IV.: Röhre und Sektion V.: Gastwirte und Zimmermädchen.
am Donnerstag, den 13. März, abds. 11 1/2 Uhr für Sektion III.: Gastwirtinnen.
am Freitag, den 14. März, vormittags 10 Uhr für Sektion II.: Bierbrauermeister.
3. Sitzung VI.: männliches Personal, 4. Sitzung VII.: weibliche Angestellte.
am Freitag, den 14. März, abends 11 1/2 Uhr alle Bestimmungen in der Art. 1. Absatz. Beschlüsse 8. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht, 2. Veranschlagung, 3. Mitgliedsbeiträge.
Wir erwarten das Erscheinen aller Mitglieder.
Die Geschäftsbüro.

Zeitungsfrauen
werden noch in nachstehenden Expedition eingestellt:
Berlin:
Central, Mohrenstr. 18.
Südwest, Rindfleischplatz 2.
Oscar, Unter den Eichen 14.
Gierlach, Gierlachstr. 27.
Berling, Schönebergstr. 22.
Berliner, Herbergstr. 24.
Schiffbauerdamm 10.
Wienitz, Spandauerstr. 1.
Charlottenburg:
Sorenz, Bismarckstr. 65.
Lichtenberg:
Engel, Golestr. 22.
Niederschöneweide:
Schiffbauerdamm 10.
Steglitz:
Korn, Nollendorfpl. 4.

Spezial-Behandlung von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden
Jeder Art bei Männern und Frauen. Spezialveraltete (chronische) Harnleiden u. Ausflüsse, nervöse Schwäche usw., Ehrlich-Hata-Kuren, Blutuntersuchung, Licht- und Finsen-Behandlung, Quecksilber-Entziehungs-Kuren, Eigenes Kurbad für elektrische und medizinische Bäder. Ohne Berührung. Göttrons Röhre für Damen und Herren.
Aerztlich geleitete Heilanstalt.
Löser, Münzstr. 9. nahe Alexanderplatz, 9.1. 4.8. Sonntags 9.1.
Wie ich meine
Tätowierung Die Expedition der Freiheit befindet sich jetzt Bahnhofsstraße 8
Achtung! Oranienburg bei Krusen. Interessante Partikulare vorhanden.
schmerzlos ohne Stechen, Schnitten, nachweisbar tarbenlos selbst entzündet. Ausbruch keimlos, 4-7. Sonntag, 9.12. Nollendorf, Konradstr. 6. Hpt. am Bahnhof Charlottenburg.